

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an die Bundesregierung

GR. Mag. **Fuchs** stellt namens der SPÖ und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Personalmangel bei der Polizei war in den vergangenen Jahren in diesem Haus oft Gegenstand von Diskussionen. In jüngerer Vergangenheit wurden nicht nur mehrere Grazer Wachzimmer geschlossen, seit Inkrafttreten der Polizeireform am 1. Juli 2005 wurde das Personal in der steirischen Landeshauptstadt um mehr als 200 Personen reduziert.

Besonders dramatisch ist die Personalentwicklung am Wachzimmer Wienerstraße, in Klammer sage ich auch dazu, in Liebenau, das seit der Schließung des Wachzimmers in Gratkorn der letzte Exekutivposten in nördlicher Richtung ist. Im Bereich des Wachzimmers entstehen gerade neue Wohnsiedlungen, in den vergangenen Jahren haben sich auch mehrere neue Gewerbebetriebe angesiedelt. Der Baumarkt sowie der GAK-Trainingplatz in der Weinzöttlstraße locken wesentlich mehr Menschen in diesen Stadtteil als früher. Darüber hinaus befahren täglich mehr als 30.000 Pendler die Wiener Straße, um zu ihrem Arbeitsplatz in Graz und wieder nach Hause zu gelangen.

Im ersten Halbjahr 2005 war das Personal des Wachzimmers Wienerstraße mit über 500 Gerichtsdelikten konfrontiert, die Tendenz ist steigend. Die Diskothek Bollwerk am nördlichen Stadtrand trägt allein mit mehreren hundert Delikten maßgeblich zu dieser Problematik bei, der Jugendschutz kommt so unter die Räder. Und das ist auch der Grund, warum das eine dringliche Angelegenheit ist.

Um die zahlreichen Aufgaben weiterhin in einem für die Bevölkerung wie auch für das Personal vertretbaren Ausmaß nachkommen zu können, braucht das Wachzimmer Wiener Straße dringend eine personelle Aufstockung. In dieser

Dienststelle sind zwar 36 Dienstposten vorgesehen, tatsächlich ist ein Drittel davon aber aufgrund des dienstgeberseitigen Personalmanagements nicht verfügbar.

Daher stelle ich im Namen der Fraktionen von KPÖ und SPÖ den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition an die Bundesregierung herantreten und diese ersuchen, den Personalstand der Grazer Polizei von derzeit 730 Beamtinnen und Beamten auf mindestens 800 zu erhöhen, um damit eine einsatzgerechte personelle Besetzung aller Polizeiwachzimmer und konkret auch jenes in der Wienerstraße sicherzustellen. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zur Dringlichkeit: Die Volkspartei stimmt der Dringlichkeit des Antrages zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schönegger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Wir als Grazer ÖVP freuen uns natürlich sehr über so einen dringlichen Antrag. Haben deswegen der Dringlichkeit auch zugestimmt, weil Sicherheit für uns immer ein wichtiges Thema war und ist und auch in Zukunft sein wird. Wir freuen uns auch deswegen, weil die Antragsteller unter anderem KPÖ und SPÖ endlich auch erkennen, wie wichtig dieses Thema ist (*Applaus ÖVP*). Aber eines möchte ich in diesem Zusammenhang schon erbitten von beiden, vor allem aber auch von der SPÖ, die, und das verstehe ich ja, der Herr Vizebürgermeister sammelt Unterschriften, wir haben im Herbst Nationalratswahlen, da ist ein bisschen was passiert in Wien, ich verstehe das ja, dass man da ein bisschen nervös wird und jetzt

ein Thema sucht, das der Herr Bürgermeister vorgezeigt hat, dass es wichtig ist für die Menschen und auch richtig so. Verstehe ich alles, nur ich bitte darum, dass man wirklich sachlich bleibt, dass man nicht populistisch wird und den Menschen keine Angst macht, keine unnötige und das bitte ich wirklich einzuhalten (*Applaus ÖVP*). Denn ich habe da genug Beispiele, wenn behauptet wird, bei Bezirksratssitzungen zum Beispiel, dass Wachzimmer geschlossen werden sollen, wo das Gegenteil der Fall ist, nämlich dass es ausgebaut werden soll, wenn behauptet wird, dass 14 Beamte Dienst versehen, in Wirklichkeit aber 24 Dienst versehen, dann ist das nicht sachlich und dann macht das Panik. Trotzdem ist das Thema wichtig und deswegen unterstützen wir das auch. Zweite Bitte auch an den Herrn Vizebürgermeister, ich weiß ja nicht, wie das Verhältnis ist FSG und SPÖ, aber es wird schon reichen, dass man die Unterschriften, die man sammelt, an den Personalvertreter in der Polizeigewerkschaft übergibt, weil wir haben in Graz...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schönegger**: Bitte aufpassen, Herr Kollege, das ist ganz wichtig und da müssen wir reden miteinander. Wir haben in Graz 50 % der Delikte steiermarkweit und wir haben aber nur 20 % des Personals in Graz, wenn man die steirische Personalparameter hernimmt. Das heißt, erstens in Richtung Landespolizeikommando, zweitens aber auch in Richtung Personalvertreter, sprich Polizeigewerkschaft, da aktiv zu werden. Daher meine Idee an den Herrn Vizebürgermeister, dass man die gesammelten Unterschriften Richtung Personalvertretung auch weiterleitet, damit die wissen, dass wir in Graz Personal brauchen. Drittens, man könnte vielleicht ein bisschen kreativer werden und nicht nur immer eine Petition, ich weiß schon, unter Journalisten rennt der Schmäh schon, dass wir immer nur Petitionen an den Bund, ans Land, an die UNO und was weiß ich wohin schicken, ist auch wichtig, aber vielleicht, dass man auch schaut vor Ort etwas zu tun. Ich denke, kann man auch Wien als Beispiel hernehmen. Die Stadt Wien, manches Mal machen die super Geschichten, zum Beispiel, wenn in Wien es der Fall

ist, dass jungen Polizisten eine Wohnung etwas billiger zur Verfügung gestellt wird, vielleicht auch an den Antragsteller, Richtung KPÖ, das wäre eine Idee, dass man ein bisschen kreativer ist und nicht nur immer alles weiterschickt. Und zu guter Letzt möchte ich noch auf etwas hinweisen, schön, dass es heute so passiert, wunderbar, sind wir uns alle einig. Es wäre auch schön gewesen, wenn man in der Vergangenheit, wenn wir sicherheitsrelevante Themen im Grazer Gemeinderat besprochen haben, ich denke an Videoüberwachungen, ich denke an die Sicherheitsfrage am Grazer Hauptplatz, wann da die KPÖ und die SPÖ und die Grünen auch schon dabei gewesen wären, besser später als nie, ich bedanke mich und wir stimmen natürlich zu (Applaus ÖVP).

GR. Eichberger: Also, ich bin mir jetzt vorgekommen so, Graz erzählt, das ist ja wie eine Märchenstunde gewesen, aber es freut mich zum anderen, dass die ÖVP zumindest zur Kenntnis genommen hat, dass wir schon sehr lange dieses Thema sehr ernsthaft behandeln und uns die Sorgen der Grazerinnen und Grazer ernst sind. Und da hat Polemik nichts zu tun, weil wenn 50 Delikte am Tag in der Stadt angezeigt werden, dann brauchen wir nicht diskutieren, sondern dann müssen wir handeln und die Zeit zum Handeln, und da muss ich halt den Ball schon etwas zurückspielen und wir reden ja heute nicht zum ersten Mal über die Personalsituation bei der Grazer Polizei und nicht zum ersten Mal vernahmen wir, dass irgendein ÖVP-Minister oder eine ÖVP-Ministerin dem Herrn Bürgermeister zusätzliches Personal versprochen hat. Faktum ist aber, dass wir um 200 Beamtinnen und Beamte in der Grazer Polizei weniger haben, als wir noch vor fünf Jahren hatten, dass die Drogenfahndung und die Drogenbeamten hier deutlich reduziert wurden und, und, und. Und wovor wir warnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, weil Sie haben in Ihren Reihen auch einen, nämlich den Bezirksvorsteher in Jakomini, sitzen, der auch die dramatische Situation der Grazer Polizei erkannt hat und überhaupt auf die illustre Idee gekommen ist, aus dem Geld des Bezirkrates hier Studentinnen und Studenten zu beschäftigen, damit endlich die Polizistinnen und Polizisten auf die Straße hinaus können und das ist unser Ziel und deshalb sind wir auch froh darüber, dass die KPÖ hier in unserem Sinne und so ist es auch und es ist richtig, wir haben diese Kampagne gestartet. Nicht weil Nationalratswahl ist oder sonst irgendwas,

sondern weil uns die Sorgen, die Probleme, die Sicherheit der Grazerinnen und Grazer ernst ist und das ist es. Und weil nichts weitergegangen ist bis dato und weil wir immer wieder darauf hingewiesen haben auf diesen Notstand in der Stadt Graz, und es geht nicht um eine Verunsicherung, sondern es geht darum, der Bevölkerung und immerhin, und Sie werden ja nicht uns unterschieben, dass wir hier jetzt irgendwelche Umfragen in die Welt gesetzt haben und deren Ergebnisse. Wenn jeder zweite Österreicher und jede zweite Österreicherin einfach verlangt und sagt, sie hätten mehr Polizei auf der Straße, dann hat man das ernst zu nehmen und wir als Vertreter einer politischen Partei nehmen das auch ernst, ohne da herumzupolemisieren. Ich weiß schon, dass euch das ein bisschen trifft, dass wir hier einen Punkt erwisch haben, wo ihr halt auf dem linken Fuß steht und wo man euch gerade erwisch hat, weil nichts weitergegangen ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Auf dem linken Fuß stehen wir überhaupt nie.

GR. **Eichberger.** Nur Versprechungen in Aussicht stellen und keine Umsetzungen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ich habe mich doch jetzt melden müssen, weil du von Notstand sprichst. Das hat mich jetzt ein bisschen aufgebracht. Ich weiß, auch die SPÖ sieht momentan anscheinend das als ein Thema, mit dem man gut punkten kann. Wir sind bei diesem Antrag mitgegangen, weil wir sehen, Sicherheit ist eine Frage der öffentlichen Hand und darf nicht privatisiert werden. Das war der Grund, warum wir mitgegangen sind. Aber ich möchte jetzt bitte die Befunde haben, was in Graz für ein Notstand herrscht im Bereich Sicherheit. Bitte sehr, kann das jemand da am Tisch legen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich möchte mich da bei Ihnen bedanken für diese Wortmeldung, weil manches Mal hat man den Eindruck, als wäre Graz eine unsichere Stadt. Und wir leben im zweitsichersten Land der Welt, nach Lichtenstein, das ist die offizielle Statistik, und in dieser Landeshauptstadt Graz gibt es Gott sei Dank einen sehr, sehr regen Betrieb, es sind viele Menschen unterwegs und es passiert was, so wie in vielen Städten. Aber ich sage auch noch einmal dazu, wir haben keinen Notstand. Vielleicht haben, es ist auch legitim vor Wahlen, dann wieder mehr Initiativen Platz als sonst wo, aber ich möchte sagen, dass wir es ja bislang gemeinsam geschafft haben, hier im Gemeinderat zwischen allen Fraktionen und auch gemeinsam mit der Polizei und mit der jeweiligen Bundesregierung dafür zu sorgen, dass Graz sicher bleibt (*Applaus ÖVP*). Es ist einmal so, dass die jetzige Bundesregierung und auch die davor Sparmaßnahmen verordnen musste. Ich lasse jeden selber drüber nachdenken, warum diese Sparmaßnahmen notwendig sind und warum zu wenig Geld auch aus der Vergangenheit da war und zu viele Schulden da waren, dass man heute solche Sparmaßnahmen setzen muss (*Applaus ÖVP*). Es gibt Gott sei Dank diese Reform, es ist die größte Reform, die jemals über die Bühne gegangen ist in der Republik und der Herr Bundesminister, der sie eingeleitet hat, hatte ja genug auszuhalten, aber sie ist einmal passiert, wir haben noch zwei Dienstsysteme von Gendarmerie und Polizei nach wie vor, auch das wird vielleicht einmal in einem weiteren Schritt zusammengeführt werden. Und wenn man zu den Zahlen kommt in der Stadt Graz, dann ist es richtig, wir haben leider weniger Beamtinnen und weniger Beamte. Das Bundesministerium ist sehr daran interessiert, das weiß ich persönlich nicht nur durch Gespräche, sondern durch viele Verhandlungsrunden, die wir hatten, auch gemeinsam hatten, immer wieder mit der Frau Bundesminister und ihren Leuten, dass sie den Gesamtabbau so durchführen, dass weniger Beamte im Verwaltungsbereich da sind und mehr Beamte auch wieder hineinkommen in die Wachzimmer oder Polizeiinspektionen. Ich möchte auch mit einer Geschichte da gleich aufräumen, weil ich habe mich erkundigt, weil es im Vorfeld schon angekündigt war, wie schaut es denn mit der Wiener Straße aus und hier auch bitte die Antwort des Stadtpolizeikommandos Graz: Bezüglich der Dienststelle Wiener Straße wird mitgeteilt, und das haben wir damals auch mit dem Minister so ausverhandelt, dass seitens des LPK Steiermark nach Absprache mit dem Stadtpolizeikommando eine Neuerrichtung der Dienststelle auf dem derzeitigen Areal beim Bundesministerium beantragt wurde. Als Alternative dazu wurde als

weitere neue Unterbringungsmöglichkeit ein zu errichtendes Geschäftslokal zirka 300 Meter weiter südlich in der Wiener Straße/Ecke Reinbacherweg genannt. Eine ersatzlose Auflösung der Dienststelle Polizeiinspektion Wiener Straße ist in keiner Weise auch nur geplant, damit einmal da die Sorgen gleich einmal weg sind (*Applaus ÖVP*). Wir haben, und deswegen hat es der Kollege Bernd Schönegger auch angesprochen, wir haben leider und Gott sei Dank eine Neuregelung und das sind immer Probleme, wir hätten mehr Leute zur Verfügung, weil das Landespolizeikommando jederzeit mit vielen Leuten aushelfen kann und es tagtäglich auch tut und beweist. Aber wir haben auch den Umstand, dass sehr viele Polizistinnen und Polizisten lieber Dienst dort machen werden, wo sie auch zu Hause sind, und da gibt es auch sehr viele Polizistinnen und Polizisten, die in Graz ihren Dienst versehen, aber in Graz Umgebung quasi zu Hause sind. Die stellen immer wieder den Antrag, und deswegen hat, und das hat uns nur verwundert, deswegen auch der Hinweis, da hat auch die Personalvertretung und die FSG damals zugestimmt, dass weitere Polizistinnen und Polizisten nach Graz-Umgebung kommen. Sehr zum Missfallen, sage ich durchaus, von mir und auch vom Kollegen Miedl und wir haben auch mit dem Landespolizeikommando diesbezüglich Gespräche geführt. Und es kommt noch etwas dazu, wenn Sie vergleichen, was allein in der Schmiedgasse die Polizei an Delikten täglich zu behandeln hat und mit welcher Mannschaft sie das zu bewerkstelligen hat, und das in Vergleich setzen zu irgendeiner Polizeiinspektion auf dem Land, dann ist dort ein bis zum Vierfachen Arbeitseinsatz notwendig, die schaffen das kaum und deswegen ist es notwendig, dass genau die Wachzimmer, die jetzt so viele Delikte haben und gemeldet kriegen, dass genau die eine Verstärkung kriegen, da läuft so manches und, Herr Gemeinderat Eichberger, du weißt genau, Polizistinnen und Polizisten kann man nicht einfach mit Hurra herbekommen. Wir haben Kurse, die laufen, wir werden aus diesen Kursen Leute kriegen, das sind die Versprechungen, die die Frau Ministerin und auch vorher der Bundesminister gemacht hat und die werden halten. Es wird eine zusätzliche Verstärkung geben und wir wissen auch, dass die Schengenaußengrenze einige Leute freisetzen wird, die im Moment halt im Zollwachebereich auch Dienst gemacht haben, aber auch da ist es nicht ganz so einfach, weil du kannst ja auch nicht quasi mit Zwangsgewalt die Leute da hereinrekrutieren, sondern die müssen auch halbwegs mit dem Arbeitsplatz, mit den anfahrenden Kilometern etc. zu Rande kommen. Grosso modo glaube ich, dass wir

auch in fast täglicher Verbindung mit dem Landespolizeikommando und dem Stadtpolizeikommando und auch in Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft in Wien gute Arbeit leisten und die Chance haben, hier auch verstärkt wieder Leute auf die Straße zu bringen, aber wir gehen selbstverständlich als ÖVP genauso mit. Wir wissen auch, dass das der Sozialdemokratie seit Jahren ein Anliegen ist und vielen anderen Fraktionen, FPÖ, etc. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, wer Sicherheit haben will, muss im Vorfeld präventiv viel tun. Zum Thema Sicherheit gehört auch soziale Sicherheit, auch dafür setzen wir uns ein und bitte tun wir jetzt auch vor Nationalratswahlen oder sonst nicht so, als wäre Graz das schlimmste Viertel von New York oder Chicago, das ist Gott sei Dank nicht der Fall (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Ich hätte mir heute die Wortmeldung ersparen können deswegen, weil wir in allen Versammlungen, Besprechungen auch mit den Tageszeitungen an und für sich ganz ein anderes Meinungsbild der Grazer Bevölkerung präsentiert bekommen. Aber nachdem der Herr Bürgermeister das Wort ergriffen hat, muss ich ein paar Korrekturen vornehmen. Und ich möchte vielleicht etwas ganz Persönliches deswegen erzählen, weil es mir persönlich widerfahren ist. Ich wohne da im Bezirk Liebenau, im Übrigen ist da ein Polizeiwachstützpunkt in der Liebenauer Hauptstraße, der tatsächlich im Grunde mit nicht mehr als zwei Personen nächtens besetzt ist und wer sich ein bisschen näher beschäftigt, weiß ganz genau, dass es da nur zwei Möglichkeiten gibt. Entweder sitzen die Beamten im Polizeiauto und sind unterwegs auf Streife und es geht dann fast bis St. Peter und fast hinauf bis Jakomini, fast bis nach Puntigam oder sie sind im Wachzimmer, dann sind sie nicht auf Streife, aber es sind nur zwei Personen für einen derartigen großen Einzugsbereich. Und in der Nacht von Sonntag auf Montag vor zehn Tagen wollte man mein Auto aufbrechen vor meinem Reihenhaus. Und ich habe Glück gehabt, weil ich einen Nachbarn habe, der in der Nacht im Casino arbeitet und im Freien geschlafen hat. Das war um drei Uhr in der Früh, es war nicht möglich, die Polizei rasch zu rufen, und das hat er getan, er hat angerufen, Gott sei Dank gibt es auch Nachbarn, die ein bisschen Sorge tragen, weil die Polizei war erstens unterwegs und so konnte eigentlich das erste Mal die Polizei gar nicht kommen, sondern meine Frau am Vormittag irgendwann bei der Polizeiwachstube grundsätzlich die Anzeige

machen und die Polizei ist gar nicht mehr gekommen. Der Nachbar hat den Einbrecher verscheucht und es dürfte ein Einbrecher sein mit einer Lampe, auf den man eh schon lange, glaube ich oder zumindest weiß ich, dass er im Grazer Stadtgebiet schon länger unterwegs ist und so passiert es Nacht für Nacht, dass immer wieder Kellerabteile aufgebrochen werden und dass tatsächlich die Bevölkerung im subjektiven Sicherheitsempfinden stark beeinträchtigt ist. Und jetzt hat die ÖVP, das möchte ich doch wohl sagen, wer Verantwortung trägt, eine Polizeireform ausgerufen, wo man vorher gesagt hat, das werden alle motivierte Beamtinnen und Beamte sein und es wird für die Sicherheit, nämlich das Zusammenführen der zwei Wachkörper Gendarmerie und Polizei, dann eigentlich sehr förderlich sein, denn dann sind wir viel stärker wie bisher. Was ist denn tatsächlich passiert und es ist ja schon zugegeben worden: In Graz hatten wir noch im Jahr 2000 1.008 Beamte, jetzt haben wir 730, ich habe da allerdings natürlich die Sicherheitswache und die Kripo mitgerechnet. 2002, erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, war das Wettlaufen vor der Gemeinderatswahl, was man denn alles tun kann. Da haben wir dann die Drogenfahndung, das heißt, wir nicht, aber das war schon die Unterstützung der Bundesregierung für Graz auf 25 Personen aufgestockt. Wissen Sie, wie viel wir heute haben: acht Personen sind zuständig. Und dann lesen wir tagtäglich was denn die Polizei tun kann gegen Dealer usw. Und Frau Kollegin Rücker, Sie brauchen uns nicht belehren, es ist schon klar, dass wir ebenfalls oder überhaupt der Meinung sind, dass Sicherheit eine Aufgabe der öffentlichen Hand sein muss. Denn was ich da in den letzten Wochen und Monaten an möglichen Ideen gelesen habe, wird auch nicht das Sicherheitsgefühl der Grazer Bevölkerung erhöhen. Nämlich einmal aus einem Bezirk, wo man meint, na nehmen wir doch Studenten, die sich ins Wachzimmer setzen, dann höre ich, Stadtparkgipfel kommt zum Schluss, dass man im Stadtpark Videoüberwachung macht. Meine Damen und Herren, sind wir doch ehrlich, hätten wir genügend Polizeistreifen, dann brauchen wir keine Videoüberwachung, ich weiß auch nicht, wie das sein soll, von einem Busch zum anderen eine Videokamera aufzustellen. Ich meine nur, das ist die Hilflosigkeit, in der wir uns nämlich befinden, weil diese Bundesregierung in den letzten Jahren nichts für die Sicherheit getan hat (*Applaus SPÖ*). Und dann kommen Sie daher und reden von Polemik, wissen Sie was notwendig ist, unterschreiben Sie, unterstützen Sie unsere Aktion und der Herr Bürgermeister muss zugeben, dass von Strasser bis Prokop wir beide mehrmals gemeinsam unsere Forderung nach mehr Polizei

vorgetragen haben. Tatsache ist, 12 Beamte wollen sich versetzen lassen und wissen Sie warum? Nicht nur, weil sie näher an ihrem Heimatort sind, weil die Polizeireform zustande gebracht hat, dass man auch im urbanen Bereich mehr Verwaltungsarbeit hat, mehr Bürokratie, weil man den Akt gerichtsfertig machen muss. Die kommen ja gar nicht mehr raus, nämlich das, was sich die Bevölkerung wünscht, in Parkanlagen Polizeipräsenz auf öffentlichen Plätzen. Das ist die derzeitige Situation und sehen Sie, mir ist die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr wert, weil die verstehen unsere Aktion, ich lade ein, unterschreiben Sie, unterstützen Sie unsere Aktion (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Das war jetzt ein gutes Beispiel, warum, wenn man etwas hört und das Gehörte wieder weitergibt und wieder was hört und es sich dann herausstellt, leider nicht das, was beim Stadtparkgipfel herausgekommen ist. Weil dort haben die...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Rajakovics: Doch, der Klubobmann Herper war natürlich dort, das war...das haben wir heute eh schon besprochen. Faktum ist, dass es dort gegangen ist darum, dass die Toiletteanlage, die leider zu klein ist, ständig devastiert wird, und ob man nicht bei dieser einen Toiletteanlage, so wie wir es auch am Hauptplatz gemacht haben, eine Videoüberwachung anbringen kann, aber daraus wird dann eine Videoüberwachung am Hauptplatz, weil das ist das Gesagte vom Gesagten, dann reden wir halt so weiter und dann gibt man irgendwas hinaus und so geht es der Polizei auch und das ist ein Grund, warum sich MitarbeiterInnen in der Polizei hier in Graz nicht so wohlfühlen und die Reform hat tatsächlich etwas gebracht, sie hat nämlich etwas gebracht, dass Polizisten sich auch für außerhalb von Graz bewerben können und wenn man in einer Stadt auch von den Politikern dauernd nur geprügelt

wird und die können alle nichts und die verhaften die Falschen etc. und nie die Zahlen nimmt, die tatsächlich auch im Raum stehen, und die lese ich dir jetzt vor, Kollegin Rücker, weil das ist nämlich auch einmal eine Tatsache, man soll es zumindest zur Kenntnis nehmen, auch wenn jedes Delikt ein Problem ist und wenn jeder, der betroffen ist, auch von einem (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) versuchten Autoeinbruch natürlich in dem Moment auch das persönliche Unsicherheitsgefühl hat, sprechen die Zahlen doch eine ganz andere Sprache. Die verschiedenen Deliktgruppen mit dem Stand 2005: Diebstähle minus 8,6, Diebstähle durch Einbruch minus 1,4, Sachbeschädigung plus 1,6, Sexualdelikte minus 14,0, gefährliche Drohung minus 17,4, Nötigung minus 20,7, Körperverletzung minus 2,7, sonstige Delikte minus 14,2, insgesamt 7,1 % weniger Straftaten in unserer Stadt. Und wenn ich den Polizisten die ganze Zeit vorwerfe, dass sie solche Wabblers sind und dass sie gar nichts zusammenbringen und sie verhaften die Falschen und sind am falschen Dampfer und im Stadtpark tun sie die Dealer nicht verhaften. In Wirklichkeit aber haben sie sehr wohl viel zustande gebracht, auch gerade was harte Drogen betrifft. Wenn ich den Kollegen von der Polizei meine Mitarbeit nicht anbiete, wenn ich die Kollegen von der Polizei immer nur ausrichte, was sie alles nicht zusammenbringen, Graz zur Verbrecherhochburg in Österreich stilisiere, dann ist das ein Grund, warum ich auch als junger Mensch sagen will, wenn ich mit der Polizeischule fertig bin, und es mir aussuchen kann, oder zumindest probiere mir auszusuchen, dann gehe ich vielleicht lieber nach Knittelfeld, wo am 15.6. der einzige Einsatz eine Fronleichnamsprozession war. Während in Graz allein in der inneren Stadt 17 Einsätze waren, das ist der Grund, warum junge Leute nicht so gerne nach Graz gehen, das ist der Grund, warum Kollegen hier in Graz frustriert sind. Wir sind auch dafür, dass Graz und unsere PolizistInnen unterstützt werden, das auch das Personal, das tatsächlich da sein muss, da ist und nicht durch Karenz, durch diverse andere Bildungsmaßnahmen das Wachzimmer nicht entsprechend ausgestattet ist. Aber Faktum ist, dass Graz eine sehr sichere Stadt ist, dass Graz auch im letzten Jahr wieder sicherer geworden ist und dass unsere Polizei eine hervorragende Arbeit macht und das müssen wir jungen Menschen, die die Polizeischule fertig machen, auch sagen, weil dann werden sie sich vielleicht leichter entscheiden, hier in Graz bei uns Dienst zu tun (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Zunächst nur einmal eine Anmerkung, um die Diskussion vielleicht ein bisschen zu versachlichen. Ich denke, in einem Punkt sind wir uns einig, die beste Sicherheitspolitik ist eine gute Sozialpolitik, sind die Angebote eines Wohlfahrtsstaates, die sicherstellen, dass die Kluft zwischen Armut und Reichtum nicht wächst, sondern sich schließt, denn wir wissen, dass in jenen Ländern, in denen diese Kluft am größten ist und die Armut eklatant ist, die größten Sicherheitsrisikos sind. Weil die Frau Gemeinderätin Rücker gefragt hat, wo denn der Notstand zu sehen sei, also ich könnte schon interpretieren, dass Notstand gesehen wird, denn ich kann mir eigentlich nicht anders erklären, dass ein Stadtrat, der eigentlich für den Jugendschutz gar nicht zuständig ist, ich gebe zu, für das Gewerbeamt, aber nicht für den Jugendschutz, plötzlich zu Selbsthilfemaßnahmen greift, sich als oberster Polizist aufspielt und noch dazu Beamte des Magistrates Graz, nämlich Beamte des Gewerbeamtes, Tätigkeiten vollführen lässt, die ausschließlich Aufgaben der Polizei sind, nämlich in Gaststätten den Jugendschutz zu kontrollieren. Es gibt ein klares Jugendschutzgesetz und das legt die Verantwortungen ganz klar fest.

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Herr Kollege, lesen Sie das Jugendschutzgesetz, sonst schicke ich es Ihnen und halte Ihnen ein Referat darüber, aber das würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen. Es ist eine ganz klare Aufgabenteilung. Kontrolle ist Aufgabe der Polizei, offensichtlich wird die nicht ausreichend wahrgenommen nach Ansicht vom Kollegen Miedl. Die Anzeigen zu machen, sind natürlich auch Aufgabe der Polizei. Es gibt eine klare Geschäftseinteilung im Magistrat, nämlich die Bestrafung der Gewerbebetriebe ist Sache des Gewerbeamtes, seit 1.1.2006 ist das ganz klar in der Geschäftsordnung festgelegt, und die Aufgabe des Jugendamtes ist der präventive Jugendschutz. Und der präventive Jugendschutz umfasst drei Gebiete, das ist der strukturelle Jugendschutz, wo es darum geht, dass wir Rahmenbedingungen für Jugendliche in dieser Stadt so

schaffen, dass sie gestärkt sind, dass sie nicht anfällig sind für diverse Gefährdungen. Der präventive Jugendschutz bedeutet natürlich alles das, was wir an Beratungen ansetzen, bedeutet aber auch alles das, was das Jugendamt macht gemeinsam mit der Exekutive, wir haben eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Exekutive, wir haben eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Kinderklinik und der dritte Teil ist jener Teil, wo es darum geht, jene, die Übertretungen begangen haben, zu beraten, sie zu sich zu holen und da werden auch manches Mal durchaus soziale Arbeiten sozusagen angeboten als Wiedergutmachung für Jugendliche. Also ich frage mich, woher sonst kommt denn eigentlich der Vorwurf, dass die Polizei nicht ausreichend ihren Aufgaben gerecht werden kann, wie genau mit solchen Maßnahmen, wie du sie, Kollege Miedl, triffst. Also ich denke mir, wenn ich ein Polizist bin und da kommt plötzlich ein Stadtrat und sagt, ich gehe jetzt selber, weil es wird mir zu blöd, ich bin jetzt der oberste Sheriff und meine Hilfsheriffs sind die Beamten des Gewerbeamtes, ich weiß nicht, ob mir das als Polizist taugen würde. Und eines möchte ich dir wirklich ganz klar sagen, akzeptiere bitte endlich einmal, was die Aufgabe von sozialer Arbeit ist. Soziale Arbeit heißt nicht in erster Linie Kontrolle, soziale Arbeit heißt schon gar nicht, die Aufgabe der Polizei zu übernehmen, sondern soziale Arbeit heißt, Menschen zu begleiten, die besondere Begleitungen und Unterstützung brauchen und das ist nicht meine Privatmeinung, sondern das drückt sich aus im Jugendwohlfahrtsgesetz, auch das ist nachzulesen, auch das diskutieren wir immer wieder im Jugendausschuss, alle Mitglieder des Jugendausschusses wissen das jetzt auch sehr gut. Also offensichtlich gibt es einen Notstand und offensichtlich gibt es gute Gründe, warum die SPÖ sagt, wir brauchen mehr Polizei in der Stadt Graz. Aber noch einmal, soziale Sicherheit ist natürlich die oberste Priorität überhaupt, wenn wir über Sicherheitspolitik reden (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Unsere Fraktion wird natürlich den Antrag gerne zustimmen, weil wie gesagt, es wird uns ja niemand im Haus da widersprechen, dass wir doch sehr lange schon versucht haben, immer wieder in Sicherheitsfragen führend zu sein. Aber ich möchte zum Thema auch ein paar Worte sagen und zwar zur Polizeireform. Meines Erachtens war die Polizeireform ein Bauchfleck der Sonderklasse. Worum ist es eigentlich gegangen,

es ist ja nur darum gegangen, dem ehemaligen Politsheriff aus Niederösterreich, der inzwischen die Banklandschaft abgewandert ist, Bundesminister Strasser, er hat versucht, weil das hat die ÖVP ja immer gestört, dass sie im Polizeiapparat relativ wenig zu reden hat, hat versucht eben auf Grund dieser Zusammenlegung aus Gendarmerie und Polizei einen einheitlichen Körper zu machen, was sicher eindeutig zum Missfallen der Gendarmerie geführt hat, was ist eigentlich jetzt unterm Strich geblieben? Unterm Strich geblieben ist eine neue Uniform der Polizei, die aussieht wie aus der Operette. Wenn man mit Polizisten spricht, die Frustrationstoleranz von Polizisten sowohl in der Stadt als auch am Land hat sich weitaus erhöht, also eine Reform, die eigentlich was bringen sollte, dass eben die Mitarbeiter mehr motiviert sind, also von da ist weit und breit nichts zu sehen. Zum Notstand, Kollegin, ich glaube, dass es sehr wohl einen Notstand in der Polizei gibt und zwar, es hat gar nichts mit der Qualität der einzelnen Polizisten zu tun, sondern wenn es eine Firma gibt, die vorher 1000 Mitarbeiter hat und die jetzt nur mehr zirka 700 Mitarbeiter hat mit erhöhtem Arbeitsaufwand, da ist ja sehr wohl ein Notstand, weil in jeder anderen Firma wäre das unmöglich, einen Produktionsbetrieb, wenn ich heute Schrauben erzeuge und ich muss mehr Schrauben erzeugen und auf einmal habe ich weniger Mitarbeiter, dann ist das sehr wohl ein Notstand. Und warum geht es eigentlich, ich weiß schon, es kommen immer wieder die Statistiken, dass alles so sicher ist und dass es weniger Einbrüche gibt und so. Faktum ist, was will ein Bürger, der Bürger wünscht sich mehr Polizei auf Straßen, der Bürger wünscht sich, wie der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, wünscht sich mehr Polizei im Wachzimmer, die einen Ansprechpartner bilden, weil wie Sie richtig gesagt haben, mit zwei Personen ist das ja fast unmöglich, weil es braucht ja nur etwas passieren, brauchen nur ein Verkehrsunfall, dann sind schon die zwei Polizisten gebunden und wenn noch ein zweiter Verkehrsunfall,... ich will gar nicht von einer anderen Sache reden, dann ist es wahnsinnig schwierig dann. Ich darf nur sagen, Herr Vizebürgermeister, wenn Sie mir die Initiative geben, ich werde gerne unterschreiben und wie gesagt, wir stimmen dem Antrag selbstverständlich gerne zu. Es tut uns leid, das uns weder KPÖ noch SPÖ eingeladen haben, mit auf den Antrag zu gehen, wir wären selbstverständlich gerne bereit, auch mit diesem Antrag zu kommen und wir freuen uns, wenn endlich in der Stadt etwas weitergeht und ich werde jetzt gleich unterschreiben.

StR. **Miedl**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stadträtin Kaltenbeck. Aufgrund...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Wie in alten Zeiten.

StR. **Miedl**: Es ist wirklich eine Freude, mit dir zu politisieren. Auf Grund einer Bestimmung im Bundesverfassungsgesetz ist der Jugendschutz Landespolizeiangelegenheit und die Polizei als Bundesorgan hat den Jugendschutz subsidiär wahrzunehmen. In erster Linie sind dafür die Bezirkshauptmannschaften, in dem Fall der Magistrat Graz, zuständig (Applaus ÖVP) und wenn deine Rechtsansicht, Frau Kollegin Kaltenbeck, stimmen sollte, dann gib mir die Antwort, wieso macht das Wiener Jugendamt und das Wiener Sozialamt sehr wohl in Diskotheken und am Prater Kontrollen in Sachen Jugendschutz. Das heißt...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das machen sie nicht.

StR. **Miedl**: Entschuldige bitte, das weiß ich besser als du (Applaus ÖVP). Das sozialdemokratische Wien ist sehr wohl in der Lage, Dinge zu tun, die du nicht tust und offensichtlich, meine Damen und Herren, kennt die Frau Stadträtin Kaltenbeck die Situation in den Lokalen und Diskotheken in unserer Stadt überhaupt nicht. Frau Kollegin, ich lade dich ein, gehe mit mir einmal am Wochenende, sei mit mir unterwegs und schau dir die Situation an, was sich da abspielt in Diskotheken (Applaus ÖVP), bei Tankstellen, in verschiedenen Gasthäusern und Räumlichkeiten. Wenn Jugendliche unter 16-jährig des nächtens um 2 Uhr morgens unterwegs sind, dann ist das eine Angelegenheit des Jugendamtes und der Referentin. Und wenn du verweigerst permanent die Wahrnehmung deiner Verantwortung, dann frage ich

mich, für was wir dich da herinnen haben, das muss ich mich wirklich fragen. Und Verantwortung hier abzututzen und sie der Polizei zuzuschieben, Jugendschutz ist eine Sache im Interesse der Jugend, nämlich derer, die sich nicht selbst schützen können und ich habe mehrmals hier im Hause schon gesagt, die Jugend hat ein Recht auf Grenzen und dieses Recht müssen wir ihnen geben. Und es macht keinen Sinn, wenn wir landesgesetzliche Bestimmungen treffen und Verordnungen der Stadt treffen, die niemand einhält. Und, Frau Kollegin, ich habe mir jeden Disput hier im Hause erspart, ich habe gesagt, in dieses Hick-Hack steige ich nicht ein, ich mache ganz einfache Dinge, und das ist mein Stil, wozu du nicht in der Lage bist, ich habe die Bau- und Anlagenbehörde gemeinsam mit der Polizei gebeten, Rechtsmaterien zu überprüfen, die bislang niemand überprüft hat. Da tut die Polizei genauso mit, wie auch die Beamten des Magistrates Graz und sehr motiviert. Ich hätte mir erwartet, dass du mit deinen Leuten im Jugendamt einmal ein diesbezügliches Gespräch führst, dass auch von deiner Seite das möglich gewesen wäre und ich kritisiere das, ich kritisiere das nachhaltig gemeinsam mit dem ÖVP-Club, dass du nicht bereit bist, diese Verantwortung wahrzunehmen (*Applaus ÖVP*). Und jetzt zur Situation mit der Polizei. Meine Damen und Herren, die Reform der österreichischen Polizei ist das größte Reformprojekt in Sachen Verwaltung seit dem 2. Weltkrieg. Wer beurteilt das...

Zwischenruf Bgm-Stv. Ferk: Die Bevölkerung.

StR. **Miedl:** Ich würde wirklich anraten, einmal genauer hinzusehen, nämlich was ist in Wirklichkeit passiert? Es sind Konzepte des Kollegen Lacina und Einem aus der Schreibtischlade hervorgeholt worden, beide Minister waren zu feige, diese Reformen umzusetzen. Die Konzepte gab es damals schon, nur gemacht wurden sie nicht und jetzt, meine Damen und Herren, ist Folgendes passiert: Es gab die Gendarmerie und in 14 Städten in Österreich auf Grund einer Bestimmung in der Bundesverfassung die Polizei. Zwei Exekutivkörper mit den gleichen gesetzlichen Aufgaben. Jeder ein eigenes Overhead, jeder eigene Chefetagen, jeder eigene

Bestellvorgänge, das kostet Geld, meine Damen und Herren, und alle, die es nicht wissen, wir haben das nachgerechnet und diese Reform ist nicht nur kein Flop, sondern ein wahrlich gelungener Verwaltungsreformschritt, denn es bislang in Österreich nicht gegeben hat (*Applaus ÖVP*) und jetzt konkret, Kollege Korschelt und Kollege Ferk, ich wundere mich, zu meiner Zeit als Gemeinderat haben sich da die Dinge völlig anders dargestellt. Wann immer ich damals eine Sicherheitsdebatte von Zaun brach, habe ich den Eindruck gehabt, die Sozialdemokraten sind die, die mit der Sicherheit überhaupt nichts am Hut haben, es ist anders geworden, ich bin sehr froh darüber. Aber jetzt, meine Kolleginnen und Kollegen, wir müssen wissen, dass sich die Situation in der Steiermark personell überhaupt nicht verändert hat. Innerhalb der Steiermark gibt es dasselbe Personal wie früher Polizei und Gendarmerie gemeinsam, Exekutivpersonal. Was sich aber sehr stark verändert hat, meine Damen und Herren, das ist das Abwandern aus der Stadt hin ins Land. Herr Bürgermeister ich gratuliere dir und ich danke dir auch, weil deine Unternehmungen und deine Versuche, Ordnung in das Geschehen zu bringen, sind ernst zu nehmen, das andere ist Polemik und mediale Berichterstattung, Kollege Ferk, zu mehr hast du es noch nicht gebracht (*Applaus ÖVP*). Was ist passiert, meine Damen und Herren? Mit Zustimmung der Personalvertretungen in Stadt und Land, beide FSG, jedes Mal einstimmig, ist Personal von der Stadt abgezogen worden und ins Land versetzt worden. Bitte mit Zustimmung der FSG-Personalvertreter, es ging sogar soweit, Herr Kollege Ferk, und lass dir das auf der Zunge zergehen, die Personalvertreter haben das nicht einmal mehr in die Dienststellenausschüsse eingebracht, sondern sie haben ihre Zustimmung gegeben einfach, indem sie sich nicht geäußert haben. Weil sie einfach zu feig waren, das im Ausschuss zu diskutieren und reden wir einmal über diese Verantwortung, die die Gewerkschaft wahrzunehmen hat, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*), und jetzt ein kleiner Schwenk, der mir auch erlaubt sein soll. Von 3,5 Milliarden Euro, die die BAWAG in den Sand gesetzt hat, hätten wir die 20 Jahre ausreichend Personal für die Exekutive, sage ich Ihnen nur dazu, und 3,5 Milliarden sind kein Pappenstil, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*). Also, gleichviel Personal in der Steiermark, aber es hat eine Verlagerung von der Stadt ins Land gegeben, wir haben eine Aussprache gehabt, weil man die Sache ja auch nicht so auf die leichte Schulter nehmen kann, mit dem Polizeiinspektionskommandanten des Wachzimmers Schmiedgasse. Das ist jetzt eine Woche her, der Herr Bürgermeister hat sich Zeit genommen, der Klubobmann der ÖVP hat sich Zeit

genommen, der Stadtrat Miedl hat sich Zeit genommen, der Thomas Rajakovics hat sich Zeit genommen und diese Aussprache hat mehr als zwei Stunden gedauert. Und da erzählen uns die Kollegen des Wachzimmers Schmiedgasse, dass sie in Wirklichkeit gleich besetzt sind wie der Bezirk Knittelfeld, wie die Stadt Knittelfeld, aber dass das Arbeitsaufkommen im Wachzimmer Schmiedgasse, in der Polizeiinspektion Schmiedgasse viermal so hoch ist, Kollege Ferk, wie in Knittelfeld und ich würde mir erwarten, dass du mit deinen Genossen im Landespolizeikommando redest, damit wir eine gerechtere Aufteilung des Personals zustande bringen (*Applaus ÖVP*), das würde ich mir erwarten. Jetzt noch etwas anderes, wir haben damals die Drogensoko eingerichtet. Die Drogensoko wäre nicht zustande gekommen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), hätte es nicht einen Sicherheitsdirektor Klamminger gegeben und einen Bürgermeister Nagl gegeben, die Unterstützung der SPÖ Graz war endenwollend in dieser Frage, meine Damen und Herren, das muss auch einmal gesagt werden. Nach der Reform ist die Drogensoko aufgelöst worden, wissen Sie wieso, meine Damen und Herren, weil das Landeskriminalamt mit seinem ganzen Apparat und Know-how plus der acht Drogenpolizisten in Graz zusammenwirkt und zusammenarbeitet und das funktioniert relativ gut, ich würde mir wünschen, dass es in anderen Bereichen auch so gut funktioniert. Nur das wird ja permanent verschwiegen, weil polemisiert wird, weil Politik gemacht wird, jetzt vor der Nationalratswahl, ja glauben Sie, Kollege Ferk, wir wissen nicht, um was es da geht, selbstverständlich ist das so, keiner schaut ernsthaft hin, meine Damen und Herren. Ich bin aber noch nicht fertig. Meine Damen und Herren, Sicherheitspolitik ist ein weicher Standortfaktor, das heißt, es siedeln sich Betriebe nur dort an, wo man annehmen kann, dass es einigermaßen sicher ist. Damit wir objektiv den Wirtschaftsunternehmungen auch beweisen können, wie sicher es ist, gibt es erstmals seit eineinhalb Jahren für jeden Bezirk in Österreich einen Sicherheitsmonitor, wo jeden Tag abgerufen werden kann, wie ist der Stand der Entwicklung in Sachen Sicherheit. Wie viele Einbrüche es gibt; das was der Thomas Rajakovics vorher erwähnt hat, ist ein Auszug aus dem Sicherheitsmonitor, das gab es vorher nicht. Und wir können jetzt nachweisen, meine Damen und Herren, dass seit der Reform Österreich sicherer geworden ist als es vorher war und das erfindet nicht der Miedl und das ist Ihnen nicht recht...

Zwischenruf GR. Eichberger: *Wenn du das der Polizei erzählst, lachen sie dich aus.*

StR. **Miedl:** Das sind knallharte Fakten, die aus dem Sicherheitsmonitor kommen. Also, Herr Kollege Eichberger, ich lade dich ein, für den Fall, dass du eine Polizeiinspektion jemals schon von innen gesehen hast, mit mir in eine solche zu gehen und dann diskutieren wir die Geschichte durch. Ich bin gerne bereit (*Applaus ÖVP*). Meine Damen und Herren, diese Reform war groß, die war großartig und sie ist noch nicht fertig. Da gibt es natürlich auch noch Kinderkrankheiten, die es auszumerzen gilt. Herr Bürgermeister hat erwähnt, das Dienstsysteem ist zum Beispiel ein solches. Es gibt ein anderes Dienstsysteem außerhalb der Stadt Graz als in der Stadt Graz. Das zu beheben, ist aber nicht zu bewerkstelligen, indem ich polemisiere und in der Zeitung sozusagen permanent die schlechte Sicherheitspolitik ankreide, die objektiv gemessen die beste ist seit dem 2. Weltkrieg, meine Damen und Herren, das geht mit seriöser Arbeit und die bin ich mit meinen Freunden im ÖVP-Club gerne bereit zu leisten (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk:** Das geht ja nicht, lieber Kollege Miedl, dass du dich da herstellst, dass du dich überhaupt über Sicherheit reden traust, der du im Nationalrat nämlich diejenige Person warst, die glaubhaft diese Reform so unterstützt hat. Ich weiß ja nicht, wie oft du ein Polizeiwachszimmer in den letzten Monaten betreten hast. Also, ich höre da immer nur, der Miedl darf sich gar nicht mehr anschauen lassen. Ich sage das jetzt einmal und ich sage dir auch warum, was soll diese ganze polemische Tirade jetzt von deiner Seite, also die Personalvertretungswahlen sind schon eindeutig gewesen. Ich erinnere nur, so ein Ergebnis gegen die Politik dieser Bundesregierung hat es aber schon lange nicht mehr in Österreich gegeben. Also, nur damit man die Fakten am Tisch legen und da gehe ich doch nicht her und vergleiche ständig die Bundeshauptstadt, das kennen wir schon, mit der Landeshauptstadt und Bundesland ist Wien ohnedies und erzähle nicht immer Magistrat zu Magistrat. Du brauchst uns nicht erklären, lieber Kollege Miedl, wie wir

gewisse Dinge handhaben. Hätten wir mehr Exekutivkräfte und Sicherheitswachebeamte in der Stadt, dann wäre es überhaupt kein Problem, dass der Bezirkshauptmann, nämlich der Bürgermeister als Bezirkshauptmann, hergeht, sich mit dem Stadtkommandanten zusammensetzt und sagt, Freunde, was können wir jetzt in der Prävention machen, was können wir da tun. Er macht es, das ist schon klar, aber er hat keinen Erfolg, weil der Stadtkommandant ihm mitteilt, was sollen wir in der Nacht noch schauen, dass Jugendliche weder das Jugendschutzgesetz übertreten noch sonst irgendwelche Delikte begehen, wir haben nämlich keine Leute. Leider haben wir im Jänner, leider sage ich, 1500 Delikte in der Landeshauptstadt gehabt, manches Mal mehr als 50 Einbrüche in der Nacht und dann geht da jemand her, der im Nationalrat eine Reform beschlossen hat, die nämlich der größte Flop der 2. Republik geworden ist, Kollege Korschelt....

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Nein, die Pensionsreform war gleich.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Aber Kollege Korschelt, ihr wart schon auch dabei in dieser Bundesregierung in den letzten Jahren, aber ist wurscht, sei nur dahingestellt. Und mir ist es recht, dass wir die ÖVP am rechten Fuß, aber vielleicht haben wir euch am linken Fuß erwischt, weil das schlechte Gewissen zeigt es nämlich, wie ihr mit der Sicherheit der Bevölkerung umgeht (*Applaus SPÖ*).

GR. **Lozinsek:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Pingpong-Spielchen zwischen ÖVP und SPÖ könnte ja recht amüsant sein, wenn es nicht auf Kosten der Sicherheit gehen würde. Wer schon etwas länger in diesem Hause ist, kann sich noch gut an Diskussionen erinnern, da war der Kollege Miedl nicht Stadtrat, sondern Gemeinderatskollege, und war hier am Rednerpult und hat mehr Polizei gefordert, damals ist die SPÖ herausgegangen, es hat einen SPÖ-Innenminister gegeben und hat gemeint, völliger Blödsinn, völliger Unsinn wir haben mehr als genug und ich

kann mich auch erinnern und das ist im Protokoll nachzulesen, dass die Frau Kollegin Elke Edlinger, du wirst dich erinnern, herausgegangen ist ans Rednerpult und gemeint hat, ihr hättet eine Umfrage gemacht unter den Bürgern mit dem Ergebnis, die Bürger wünschen sich weniger Polizei, weil die Polizei auf der Straße eigentlich dieses subjektive Sicherheitsgefühl eher verschlechtere, weil man sich eigentlich bedroht fühle. Das war ungefähr das Ergebnis....

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das steht nicht im Protokoll.

GR. **Lozinsek:** Das Protokoll bringe ich gerne bei, ich habe das erst einmal vor kurzem herauskopiert, das war ungefähr das Ergebnis dieser Umfrage. Jetzt hat es sich geändert, ist klar, es gibt einen schwarzen Innenminister, eine andere Regierung, jetzt verteilt sich das. Und jetzt stehen wieder Nationalratswahlen an und da muss man sich das Thema Sicherheit, und das wissen wir ja nach Umfragen, das ist ein Thema, da muss man sich ein bisschen raufschmeißen, da kann man vielleicht ein paar Stimmen holen. Wir werden den Antrag unterstützen und zustimmen, ich glaube, dass die FPÖ die einzige Fraktion ist, die nachweislich über Jahre hindurch dieses Manko auch kritisiert hat. Ich darf also nur auch etwas in Erinnerung rufen an den Kollegen Miedl, der gesagt hat, die Drogensoko ist auch auf die Initiative des Bürgermeisters Nagl zurückzuführen, damals war es noch der Bürgermeister Stingl als die Soko eingeführt wurde, da hat es noch keinen Bürgermeister Nagl gegeben und ich möchte in Erinnerung rufen, man kann natürlich über das Thema Bürgerwehr streiten und dazu stehen, wie man möchte, aber letztendlich war dieses Drogensoko-Ergebnis dieses, sage ich einmal, medialen Wirbels, den es damals gegeben hat, das haben auch sehr viele hochrangige Exekutivbeamte bestätigt, mittlerweile ist diese Drogensoko ja sehr stark geschrumpft und auf ein, leider Gottes, Minimum reduziert. Eine Wortmeldung noch zur Wortmeldung vom Kollegen Thomas Rajakovics. Man soll gerade im Sicherheitsbereich mit Statistiken ein bisschen aufpassen. Wir haben jetzt überall ein nettes Minus vorne, auch im Drogenbereich haben wir ein Minus vorne, gerade im Drogenbereich muss man natürlich sehr

aufpassen, weil dieses Minus kann auch eines bedeuten, dass wir weniger aufgeklärt haben, denn nur ein aufgeklärtes Delikt ist auch ein Delikt im Drogenbereich, da gibt es kein nicht geklärtes und ein aufgeklärtes Delikt, sondern es gibt ein nicht aufgeklärtes Delikt und du warst nicht dabei, der Klubobmann Piffli-Percevic war auch anwesend beim Städtetag, wo auch das mit der Statistik ein bisschen aufgeklärt wurde. Ein Einbruch in ein Kellerabteil zum Beispiel, wo also mit einem Schlag zehn Fahrräder gestohlen werden, kann durchaus als ein Delikt in der Statistik aufscheinen, früher waren es zehn Delikte. Das heißt, also das verfälscht den Einbruchdiebstahl durchaus und nicht nur unwesentlich und da bin ich in dem Bereich, wo es wieder um die subjektive Sicherheit geht. Das Minus wird niemanden beruhigen auf der Straße, keinen Bürger beruhigen, das subjektive Sicherheitsgefühl ist deshalb sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, weil wir es verstärkt mit organisierter Kriminalität zu tun haben. Es wird eben, Kollege Walter Ferk, es wird also heute nicht nur ein Fahrzeug gestohlen, weil irgendeiner einmal glaubt, er braucht ein bisschen ein besseres Fahrzeug, sondern es werden durch organisierte Kriminalität ganze Tiefgaragen geleert, wird eingebrochen, es werden ganze Kellerabteile geleert und das ist ein Schockerlebnis, wenn man heute, und ich habe es selbst erlebt, die Elke Edlinger wird das bestätigen, es ist in unserem Haus vor einem Jahr eingebrochen worden...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Jetzt erzähl nicht, dass wir zusammen wohnen.

GR. **Lozinsek:** Wir wohnen in der selben Wohnanlage, nicht in derselben Wohnung. Also, das ist eine ganz andere Geschichte. Es ist eingebrochen worden und es ist in sämtlichen Kellerabteilen aufgebrochen worden und es sind die Fahrräder und sonstige Wertgegenstände gestohlen worden, das ist ein ganz anderes Erlebnis, als wenn man einmal wo zurückkommt und das Fahrrad fehlt einfach. Wenn man also dieses Ausmaß dieser organisierten und durchaus brutale Vorgangsweise miterlebt, dann ist das ein Schockerlebnis und das ist eine ganz andere Geschichte und das hängt natürlich mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl zusammen. Und wenn das

dann in der Statistik als ein Einbruch gezählt wird, dann kann ich niemanden beruhigen. Noch eine kurze Anmerkung zur Wortmeldung von der Frau Stadträtin Kaltenbeck, ich weiß zwar nicht, wie das rechtlich ist, ob da jetzt der Magistrat hier eingebunden werden darf oder nicht, aber ich selbst kann mich erinnern, dass ich mit jungen 14 daran gehindert wurde, nämlich von Magistratsbeamten, am Einlass in eine Kinovorführung ab 16, das war damals der Film Alien, der wird jetzt im Vorabendprogramm gespielt, aber damals war ich zu jung dafür, aber das waren Magistratsbeamte, die das Jugendschutzgesetz kontrolliert haben und die mich daran gehindert haben, hier diesen Film zu besuchen und ich glaube, solange wir hier nicht in diesem Raum auch da runtersteigen von dieser Vorstellung der Sozialdemokratie, dass öffentliche Sicherheit alleinige Aufgabe der Exekutive ist, sondern auch durchaus Bereiche berührt, private Bereiche, ich rede jetzt von privaten Firmen, von ehrenamtlichen Bereichen, wie es in sehr vielen europäischen Ländern, ich spreche von Großbritannien, ich spreche von Spanien, von Frankreich, selbst in der Schweiz, aber auch in Deutschland durchaus der Fall ist, wo es viele Bereiche gibt, die also im öffentlichen Sicherheitsbereich Hilfsdienste erledigen und der Exekutive sozusagen den Raum geben, hier die organisierte Kriminalität und die professionelle Kriminalität zu bekämpfen, solange wird das ein Pingpong-Spiel sein, wir wollen mehr, wir wollen weniger, wenn die Regierung wechseln sollte im Herbst, dann wird es sich wieder umdrehen, dann werden die Schwarzen aufstehen, wir wollen mehr und die Roten werden sagen, nein, das passt eh alles, also das wird immer hin- und hergehen, damit ist aber in dieser Stadt und auch in diesem Land niemandem gedient (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Noch einmal zum Thema Jugendschutz, aber zuerst lieber Kollege Gemeinderat, deine Positionierung zur Frage, wie viel Staat, wie viel Privat auch im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik mag ich einfach aus vielen Gründen nicht teilen, ich nenne sie nicht alle. Aber der für mich wesentliche Grund ist zu sagen, ich möchte nicht in einem Land leben, wo die Aufgabe, den Bürgern und Bürgerinnen Sicherheit zu gewährleisten, zunehmend aus der Verantwortung des Staates ausgelagert wird hin zu Privaten, weil das immer bedeutet, dass geht zu Lasten jener, die eben nicht stark sind und weil das immer bedeutet, die Reichen

können sich dann Sicherheit leisten, weil sie sich die Sicherheitskräfte einkaufen und für die Armen bleibt wieder nichts übrig, nicht einmal im Bereich Sicherheit. Ich möchte nicht in einem solchen Land leben und ich möchte alles tun, um zu verhindern, dass wir in Österreich eine solche Entwicklung gehen. Ich halte die weder für demokratisch, noch halte ich sie für gerecht und noch glaube ich, dass sie die Sicherheit, die allgemeine Sicherheit, die ein Gut für alle Menschen ist, unabhängig von ihrem sozialen Status oder ökonomischen Status, dass das gewährleistet ist (*Applaus SPÖ*). Zum Thema Jugendschutz noch einmal und ich versuche jetzt wirklich auch bei noch so viel Polemik von deiner Seite und Halbwahrheiten, Herr Kollege Miedl, ich versuche jetzt wirklich ruhig zu bleiben, aber nimm bitte zur Kenntnis, es ist einfach ärgerlich, es ist wirklich ärgerlich, wenn du mit Halbwahrheiten agierst und es ist vor allem ärgerlich, wenn du permanent Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere Diplomsozialarbeiterin Lanegger, die in ganz Österreich eingeladen wird, um über unsere Arbeit im Jugendschutz zu referieren, weil ganz Österreich auf unsere Jugendschutzarbeit hinschaut, dass du diese Arbeit mies machst und ihr und ihren MitarbeiterInnen unterstellt, sie würden keine Verantwortung übernehmen und ich lasse mir auch von dir nicht sagen, dass ich das Thema nicht...

Zwischenruf StR. Miedl: Ich habe dich gemeint.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich lasse mich außerdem von Männern nicht unterbrechen. Ich lasse mir auch von dir nicht sagen, dass ich das Thema nicht ernst nehme, nur weil ich bei deiner Lokalpatrouille nicht mitgehe und auch nicht will, dass meine MitarbeiterInnen dort mitgehen. Bei einer solchen Sache, mit einer solchen Schlagzeile „Miedl räumt auf, Grazer Lokalpolizei ist ab 15. Juni im Einsatz, Lokalpolizei auf Wochenendpatrouille, ich will nicht, dass meine MitarbeiterInnen als Lokalpolizei bezeichnet werden und zu den Halbwahrheiten, wenn du da drinnen plötzlich sagst, zitierst, deshalb werde es im Fall von Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz nicht nur Anzeigen gegen die Wirte geben, sondern konsequent

auch gegen die Eltern, ja glaubst du denn im Ernst, dass du erst aus Wien kommen musst, bis das so gehandhabt wird? Es gibt immer schon Anzeigen gegen die Eltern (*Applaus SPÖ*). Es ist wirklich unerträglich.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wie viele?

Bgm. Mag. **Nagl**: Zwei Anzeigen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Lasse ich dir gerne schriftlich zukommen, ich habe Statistiken nicht auswendig im Kopf. Aber das ist doch Unsinn, Entschuldigung, ich habe die Statistik aus dem Jahr 1995...

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Es stimmt einfach nicht mit den zwei Anzeigen. Im Jahr 2005 langten im Amt für Jugend und Familie 253 Anzeigen nach dem Steiermärkischen Jugendschutzgesetz ein, davon wurden 28 Anzeigen an die zuständigen Bezirkshauptmannschaften weitergeleitet. Es wurden 170 Jugendschutzverhandlungen durchgeführt. Möglicherweise bezieht sich die Zahl zwei auf die Anzeigen der Gewerbebetriebe, das könnte ich mir gut vorstellen. Aber dafür ist das Gewerbeamt zuständig und nicht das Jugendamt. Und jetzt mag ich noch einmal zusammenfassen, was das Amt für Jugend und Familie im Bereich Jugendschutz alles durchführt und warum andere Städte und andere Bundesländer so auf uns schauen. Nur einige Beispiele: Klar ist, wir beraten und unterstützen

Eltern und Erziehungsberechtigte, wir haben regelmäßig Schulungen mit Fachkräften in der Arbeit mit Jugendlichen, zum Beispiel schulen wir Pädagoginnen/Pädagogen in Schulen. Wir haben Schulungen zum Thema Jugendschutz im Rahmen der Lehrlingsausbildung einer Grazer Firma. Wir nehmen ständig teil an polizeiinternen Schulungen zu Jugendschutzfragen, das heißt auch dort sind wir Experten und Expertinnen. Wir machen immer wieder gemeinsame Jugendschutzaktionen mit der Exekutive in Lokalen, aber das ist etwas anderes als das, was du dir vorstellst, mit dir gemeinsam durchzuführen. Wir haben eine intensive erweiterte Kooperation mit dem LKH in Graz in Bezug auf den Jugendschutz und ich darf daran erinnern, wir haben die Initiative Jugendschutz aktiv durchgeführt, in Kooperation mit dem Gesundheitsamt wurde für Gastronomiebetriebe eine Anleitung Alkohol entwickelt und ein Hinweisschild zum Alkoholausschank an Jugendliche erarbeitet und an 500 Gastwirte in Graz weitergeleitet. Eine solche Initiative hat es zum Beispiel auch beim Adventmarkt gegeben. Jetzt frage ich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das die eigentliche Aufgabe des Jugendamtes, die Gewerbebetriebe darauf aufmerksam zu machen, welche Verantwortung sie haben oder wäre das nicht eigentlich die Aufgabe des Gewerbeamtes, für das wer zuständig ist? Herr Kollege Miedl. Also ich könnte dir noch viele andere Beispiele oder Ihnen allen viele andere Beispiele nennen. Ich weise einfach zurück den permanenten Vorwurf, dass wir im Jugendschutz inaktiv waren oder keine Verantwortung übernehmen und, Kollege Miedl, also den Satz, Jugend brauchen Grenzen, hast du nicht für dich alleine gepachtet. Jeder Mensch, der Jugendliche ernst nimmt, jeder Mensch, der was versteht von Prävention und von Begleitung und Betreuung von Jugendlichen und deren Entwicklungsmöglichkeiten und Förderchancen, weiß natürlich, dass das eine wesentliche Aufgabe ist, Jugendlichen Grenzen zu geben und Orientierung zu geben. Also das ist überhaupt nichts Neues (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Macht's euch das daheim aus.

StR. **Miedl**: Es ist meine zweite Wortmeldung und sie wird kurz sein, meine Damen und Herren. Vor drei Wochen, Frau Kollegin Kaltenbeck, ist ein Mädchen unter 16 Jahren in Puntigam auf einen Waggon gestiegen, ein Stromschlag hat sie erfasst und sie ist gestorben. Das Mädchen war vorher in einer Tankstelle in Puntigam und hat mit anderen Jugendlichen so wie jedes Wochenende davor Alkohol getrunken. Das ist ein Umstand, den das Jugendamt nicht einmal weiß. Vor eineinhalb Jahren ist in derselben Gegend, nämlich in der Puntigamer Straße bei einer Tankstelle, wo permanent auch Jugendliche sich aufhalten und Alkohol trinken, um dann im Anschluss Samstag in der Nacht in der Triester Straße Privatrennen zu veranstalten, ein Jugendlicher zu Tode gekommen, nachdem er in einer anderen Tankstelle getrunken hat, Alkohol getrunken. Meine Damen und Herren, allein diese zwei Beispiele lassen mich wissen und müssen uns aufmerksam machen, dass hier mehr dazugehört als das, was du zur Zeit in deinem Amt dazu tust. Und das meine ich, na entschuldige bitte, da gibt es einen Jugendschutz, der auch wahrzunehmen ist und genau das meine ich und wenn der von dir nicht wahrgenommen wird, dann erlaube ich mir, es eben selbst zu machen und ich werde mich von niemandem hindern lassen, diesen Jugendschutz vorzunehmen.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Kollege Miedl, ist dir bewusst, was du tust, du machst eine Mitarbeiterin und eine Politikerin verantwortlich für den Tod von jungen Menschen. Das ist eine derartige Ungeheuerlichkeit...

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt würde ich einmal wieder bitten, kurz dem Bezirkshauptmann von Graz zuzuhören, das ist nämlich auch immer der Bürgermeister. Es ist richtig, dass ich damals noch Stadtrat war, als die Drogensoko gegründet worden ist. Ich bin deswegen eigens hinausgefahren und habe den Herrn Bundesminister damals auf einer Autobahnraststätte getroffen, um endlich die Drogensoko in Graz ins Leben zu rufen und der damalige Polizeidirektor Stingl wollte diese Organisationsform nicht haben und sie ist dann vom Bundesministeriumsseite durchgesetzt worden. Sie ist leider dann aufgelöst worden, es hat gut funktioniert, aber man hat es jetzt in

Zusammenarbeit mit dem Landespolizeikommando ausgeweitet, da arbeiten sehr viele Menschen zur Zeit in diesem Bereich, und noch einmal, die Erfolge bei den Statistiken die gibt es. Jetzt möchte ich zum Jugendschutzgesetz kommen. Das ist mir schon wichtig, Sie werden sich vielleicht daran erinnern, dass ich vor eineinhalb Jahren mich zu Wort gemeldet habe, weil ich eingefordert habe bei unserem Jugendamt, wie viele Fälle sind in Graz tatsächlich zur Anzeige gekommen. Es waren damals sieben Buben und sechs Mädchen, es waren 13 Fälle, es hat daraufhin auch Gespräche bei mir im Bürgermeisteramt gegeben, wo Polizei und das Jugendamt, die Beamtinnen und Beamten des Jugendamtes zusammengesessen sind. Es ist der Ball hin- und hergespielt worden zum Teil. Die einen haben gesagt, wir werden nicht immer die Jugendlichen einfangen, wenn es danach eh fast keine Sanktionen gibt und das Jugendamt hat damals auch festgestellt, die Polizei bringt uns wenig. Ich habe gesagt, in Zukunft soll sich das bitte ändern und ich ersuche um Kooperation. Diese Kooperation hat es jetzt im vergangenen Jahr gegeben und es ist zu mehr Fällen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, damals waren es 13 Fälle in Graz. Das schaffe ich an einem Abend, wenn ich mit euch weggehe, das kann ich jedem versprechen da herinnen. Und wer gestern vielleicht zu später Abendstunde einmal im deutschen Fernsehen gesehen hat, was sich jetzt im Jugendbereich abseits der Fußballweltmeisterschaft in unterschiedlichen Bereichen, weil da musst dauernd dahinter sein, an Partys abspielt, wo die 11-Jährigen gezeigt worden sind gestern vor laufender Kamera, wo die ganzen Rot-Kreuz-Helfer nicht einmal nachgekommen sind, um sie in die Spitäler oder sonstwo einzuliefern, dann gibt es in diesem Bereich unter anderem viel zu tun. Es ist nicht nur der Alkohol, Jugend ist zu schützen, bitte sprechen Sie mit Polizistinnen und Polizisten in den Wachzimmern, die verzweifeln, dass sie Tag und Nacht fast nur mehr ausrücken, damit sie auch die Familienprobleme, die es zu Hause, Gewalt in der Familie gibt, etc. das sind auch alles Delikte, die in die Statistik

einfließen. Gott sei Dank sind es laut Statistik weniger Delikte in ganz Österreich geworden und man kann eine Reform immer von beiden Seiten betrachten, es ist hart, es gibt viele Reibungsflächen etc. Es ist jetzt durchgeführt, die Polizei ist besser ausgerüstet, sie hat klare Strukturen und sie hat noch zuwenige Leute, deswegen machen wir heute den dringlichen Antrag. Wir wünschen uns, dass vor allem in gewissen Wachzimmern, weil manche Stadtteile auf Grund der vielen Menschen, die es gibt, in der Innenstadt oder sonst wo einfach noch unterbesetzt sind. Und jetzt komme ich bitte zu einem Punkt, den ich da anführen möchte und, Frau Stadträtin, da bitte ich dich, das ist kein Angriff auf die Beamtinnen und Beamten, das ist eine klare Wortmeldung des Werner Miedl und so verstehe ich es auch in deine Richtung, dass du deine Haltung in diesem Punkt bitte einmal überdenkst. Von den 170 Anzeigen, die du jetzt angeführt hast, da gehen 144 in Graz darauf zurück, dass Jugendliche mit Alkoholvergiftungen in unsere Kliniken und Spitäler eingeliefert worden sind. Und ich behaupte, dass der Werner Miedl in dem Punkt Recht hat, dass die Jugendlichen draußen in keinsten Weise mehr überhaupt wissen, wer dieses Jugendschutzgesetz vollzieht oder nicht und das fängt mit Rauchen an, mit den Sperrstunden an, da gibt es viele Delikte, das Jugendschutzgesetz und da komme ich jetzt zum Punkt und den lese ich jetzt vor, damit das jeder weiß, ein Landesgesetz, das bei uns so gehandhabt wird leider, wie wir es jetzt tun. Im § 13 ist klar geregelt, wer die Behörde ist. Behörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde und damit der Bezirkshauptmann. Der delegiert, und das machen wir immer zu Beginn einer Gemeinderatsperiode, die Aufgaben an die zuständigen Stadtsenatsmitglieder. Das Jugendschutzgesetz fällt klar in deinen Bereich. Der § 14 regelt die Mitwirkung von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes, die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben zur Unterstützung der Bezirksverwaltungsbehörde einzuschreiten durch a) Vorbeugungsmaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen und b) Maßnahmen, die für die Einleitung und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind. Aus dem geht klar und deutlich hervor, dass die Zuständigkeit beim Amt liegt und die Mitwirkung von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes gebraucht wird (*Applaus ÖVP*). Und da bitte ich dich, deine Haltung aufzugeben, du sagst jetzt gleich wieder nein, ich weiß nicht, was so schlecht daran sein soll, dass wir einfach verstärkt nachgehen bei einem Jugendschutzgesetz, und das hat heute Bernd Schönegger schon einmal gesagt,...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das sind Sie nicht, deswegen brauchen Sie es an Ihrer Seite, aber Sie müssten einmal Pläne vorlegen, wie man es angeht, wie man es tut, welche Lokalitäten wir da wirklich aufsuchen, von den Tankstellen bis zu Raver-Partys, bitte geht einmal in den Dom im Berg, wenn diese Partys los sind, das ist ja ein Drogenladen, Selbstbedienungsladen der Sonderklasse und alle schauen weg und keiner geht hin. Und ich glaube, dass es da einmal notwendig wäre, dass man einen Plan wirklich ausarbeitet und massiv da vorgeht. Wir haben eines der liberalsten Jugendschutzgesetze, das es überhaupt gibt, aber wenn man nicht einmal diese Grenzen gemeinsam überwacht und immer nur den Ball hin- und herschickt, wer da schuld ist, dann nehmen wir unsere Verantwortung und Aufgabe nicht ganz ernst. Es gilt wirklich, die Jugend zu schützen, und wer gestern diese Sendung gesehen hat, der weiß vielleicht auch, dass allein beim Alkoholbereich die Ärzte gestern klar zum Ausdruck gebracht haben, dass die Spätfolgen durch Alkohol, durch Vernichtung der Gehirnzellen wesentlich größer sind, das merkt ein Jugendlicher jetzt gar nicht, aber wenn er die Reserven braucht mit 40, 60 und danach, dann geht es den Menschen ab und das verursacht auch für die Gesellschaft enorme Probleme und enorme Finanzierungskosten für die Zukunft. Also bitte schieben wir dieses Thema nicht weg, machen wir es gemeinsam und glaube mir noch einmal, Werner Miedl versucht es über das Gewerbeamt, auch da gibt es einiges zu tun, aber das Jugendamt müsste da viel tun (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort melden, aber irgendwie werde ich nicht viel Überraschendes sagen, aber versuchen, ein paar Sachen zusammenzubringen, die mir da so auffallen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Buch kennt „Das Elend der Welt“ von Pierre Bourdieu, ist ein ganz berühmter französischer Soziologe, der gestorben ist, der berühmteste und der sehr drastisch und deutlich beschrieben hat, was in unserer Gesellschaft passiert, man kann einiges von dem, was in Frankreich beschrieben wurde, durchaus auch bei uns ablesen. Das was für

mich aus dem Buch sehr stark hängen geblieben ist, ist die Darstellung, dass, was eine Gesellschaft nicht mehr bewältigt an ihren Rändern, dann zu Konflikten führt, mit denen bestimmte Gruppen alleine gelassen werden, da hat er aufgezählt die Polizei, da hat er aufgezählt die SozialarbeiterInnen und die LehrerInnen. Und genau diesen Konflikt erleben wir hier auch. Hier wird zwischen jenen, denen dann überlassen bleibt mit gesellschaftlichen Problemen umzugehen, gleichzeitig die Verantwortung individuell zugeschoben und auf der anderen Seite versuchen wir, und wenn ich mir heute die Beschlüsse anschau, die noch so kommen, in diesem Bereich aber keine Schwerpunkte zu setzen, was jetzt die finanzielle Angelegenheit anbelangt. Wenn das Jugendamt in diesem Bereich eine Aufgabe erfüllen soll, die stärker ist als bisher, dann braucht es auch entsprechende Ausstattung. Gleichzeitig werden wir heute 660.000 Euro zur Debatte haben für eine Chorolympiade, die die Stadt jetzt am dringendsten braucht, dann frage ich mich wirklich. Da gibt es immer wieder eine Schwerpunktsetzung, die geht in die falsche Richtung und gleichzeitig werden Verantwortungen für Dinge, die wirklich drastisch sind, das ist so, dass wir wissen, dass der Markt sich wunderbar momentan auf Kosten von jungen Menschen entwickelt in den Lokalen und mit Alkohol und Drogen usw. Wir wissen, dass hier ein Problem besteht, aber irgendwie wird das Problem hin- und hergeschoben, Verantwortung dort festgemacht, wo eigentlich nur noch die Hilfslosen zu Hause sind, weil sie allein gelassen werden und nicht mehr ausgestattet werden und genau diese Schwerpunktsetzungsdebatte fordern wir die ganze Zeit ein, aber wenn sie dann so abgeführt wird, dann tut es der Sache nichts Gutes und am Ende haben wir ein Bild von Graz, wo ich mir denke, lebe ich in der gleichen Stadt, von der da die Rede ist? Also ich frage mich wirklich.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ich wollte nur daran erinnern, weil du dich als Bezirkshauptmann jetzt gerade ansprechen lassen wolltest, dass der Bezirkshauptmann eine monokratische Behörde ist. Das heißt, er ist verantwortlich für seine Funktion als Behörde und es werden im Prinzip auch alle Bescheide, die in der mittelbaren Bundesverwaltung oder in der Bundesverwaltung von der monokratischen Behörde Bezirkshauptmannschaft unterzeichnet werden, von dem Herrn Bürgermeister, also vom Bezirkshauptmann, unterzeichnet.

Zwischenrufe unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Nein, die Hoffnung und Freude mache ich euch nicht, aber mal abgesehen davon, die Verantwortung dafür, wie in einem solchen Vollzugszusammenhang Organe und Personen der Stadt einzusetzen sind, liegt ausschließlich beim Bürgermeister und daher ist es in dem Fall, jetzt erinnere ich daran, weil es viele vielleicht nicht wissen, es hat früher sogar besonders beeidete Personen gegeben, das waren so ehemalige Lehrer, die nichts zu tun gehabt haben, und die sind dann unterwegs gewesen in den Lokalen und haben gesagt, du Bua, du bist noch zu jung und haben ihn herausgeholt. Das ist völlig schiefgegangen das Modell, das waren auch übrigens keine Personen des Jugendamtes damals. Es ist Aufgabe des Bürgermeisters, diese Sache zu regeln und ich bin sehr dankbar für deine Klarstellung, Herr Bürgermeister.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber vielleicht auch da ganz schnell erklärt. Der Grazer Gemeinderat hat auf meinen Antrag hin diese Tätigkeiten klar delegiert (Applaus ÖVP). Ich habe es bislang noch nicht getan, aber ich werde darüber nachdenken, dass ich das Weisungsrecht, das ich trotzdem habe, einmal zum Einsatz bringen werde und schauen werde, dass die Beamtinnen und Beamten dann das auch tun. Aber bislang haben wir den Brauch gehabt, dass das der Bürgermeister nicht macht (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer**: Liebe Frau Stadträtin, liebe Tatjana! Ich muss jetzt trotzdem etwas zum Jugendschutz sagen, ganz einfach, weil das unsere immer vielleicht differente Meinung ist. Menschen begleiten, heißt für mich natürlich, an der Hand nehmen, aber da sind Kontrollen nicht ausgeschlossen und dieses Dafürhalten habe ich im Moment bei gewissen Fällen und da haben wir x-mal diskutiert. Wenn wir jetzt reden über Polizeischutz, dann weiß ich von dir ganz genau und von x Diskussionen da

herinnen, dass du oft gesagt hast, Polizei ist keine Lösung, wenn buntgekleidete Menschen in der Kärntner Straße einen Fernseher auf die Straße hauen oder wenn im Stadtpark ein paar angesoffene Jugendliche ein bisschen Gitarrespielen, völlig verharmlost. Ich habe mir oft dabei gedacht, Probleme werden nicht angegriffen und nicht gesehen, sondern immer verniedlicht und jetzt fordern wir genau das Gegenteil, das kann doch wohl nicht passen, das passt wirklich nicht und wenn ich dann anschau, dass zum Beispiel Themen wie Schulverweigerer, die auf der Straße leben, die minderjährig sind, wo man um Hilfe bittet, sind sicher nicht einzelne Sozialarbeiter schuld, sondern da ist das System schuld, dass da absolut nichts getan wird, einen Schritt zur Kontrolle und du kannst Leute nur begleiten, indem du sie auch irgendwie fasst, und fassen kannst du sie teilweise nur, indem du auch Kontrollen machst. Es gibt immer Rechte und Pflichten. Und wenn ich da jemandem etwas vorschreibe oder wenn ich mir denke, wir müssen so und so Gesetze exekutieren, dann muss ich aber auch vom Jugendamt die Einsicht haben, dass da etwas getan werden muss (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Bürgermeister! Eigentlich haben wir uns, als der Kollege Fuchs im Ausschuss diese Initiative initiiert hat nicht gedacht, dass wir damit soviel Energien im Grazer Gemeinderat freimachen. Ich könnte eigentlich glücklich sein, dass wir mit unserer Initiative das zuwege gebracht haben. Aber andererseits sollten wir uns wieder besinnen, was eine Petition ist. Eine Petition ist, Wünsche der Grazer Bevölkerung an die übergeordneten Stellen heranzutragen und auf das sollten wir uns wieder konzentrieren und die Petition endlich zur Abstimmung bringen, um mit der gegenseitigen Schuldzuweisung (*Applaus KPÖ*) auf einem Niveau, das dem Haus nicht entspricht, endlich wieder aufhören und vielleicht könnten die zwei Regierungsparteien in einer Klausur, in einem angenehmen Ambiente dieses Problem unter sich ausmachen. Ich möchte da nicht mehr zuhören (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrter Herr Klubobmann, der Gemeinderat ist aber ein Diskussionsforum für alle Fraktionen und wir werden es, glaube ich, weiterhin da auch tun.

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich habe mir nicht gedacht, dass durch meinen Antrag auch so eine parteipolitischer Schlagabtausch...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Musst dem Miedl sagen vorher.

GR. **Hohensinner**: Wirklich nicht, es ist nur darum gegangen, dass der Jugendschutz eingehalten wird, das geht uns alle was an und es kann nicht sein, dass man dann so eine Wortklauberei macht. Ich habe auch gesagt, dass das Gewerbeamt zuständig ist und das Jugendamt. Ich habe da niemanden aus der Verantwortung genommen, gehen wir das zusammen an, es hat keinen Sinn, da noch länger zu diskutieren, es geht da um die Jugend, deswegen gehen wir das zusammen an, alle Ämter durch die Bank, und dann werden wir sicher so besser zum Ziel kommen, Frau Stadträtin (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Und Herr Stadtrat.

GR. **Herper**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Ich sage als einer der Dienstältesten hier in der Gemeindestube...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Na na, tue nicht hochstapeln.

GR. **Herper:** Ihr braucht nicht viel lauschen. Mir geht es einfach darum, dass ich ein schlechtes Gefühl habe bei der letzten Wortmeldung des Werner Miedl, es kann immer passieren, die Hitze des Gefechts, ein Wort, ein schnelles Wort, Wahlkämpfe, Schlagabtausch, wie das so schön genannt wurde, aber bestimmte Dinge gehen auch in diesem Hause meiner Meinung nach nicht. Es kann nicht so sein, lieber Werner, ich spreche dich persönlich an, im Interesse unserer guten Zusammenarbeit, wir zwei persönlich, aber auch der Arbeitspartner, aber auch aller Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht an, dass man einer Kollegin unterstellt bei aller Kritik vielleicht an Nachlässigkeiten, an Missständen oder geglaubten oder verübelten oder Hinweisen, du hättest zuwenig gehandelt, dass man sagt, zwei Jugendliche sind zu Tode gekommen und ich mache dich indirekt dafür haftbar und verantwortlich, ich glaube, das geht so nicht (*Applaus SPÖ*). Und ich bitte dich sehr herzlich, ich unterstelle dir, du hast das in einem engen Zusammenhang gebracht, du hast das sehr schnell dargelegt, du warst sehr emotionalisiert, aber bitte nimm diesen Zusammenhang zurück, wir werden deinen Argumenten dann mehr Glauben schenken.

StR. **Miedl:** Also Herr Kollege Herper, ich habe das weder gesagt noch so gedacht. Das was ich meinte und dabei bleibe ich, dass in bestimmten Tankstellen dieser Stadt wiederholt sich Jugendliche treffen, sich dort antrinken und dann ihren Unfug treiben und in Puntigam sind mehrmals schon Verletzungen mit den Waggons vorgekommen, Ausgangspunkt war immer wieder diese Tankstelle. Jetzt sage ich nicht dass die Frau Kollegin Kaltenbeck schuld ist, das habe ich bitte nicht gesagt und auch nicht gemeint, sondern ich sage, dass sich darum das Jugendamt kümmern muss, wenn mehrmals Vorfälle derselben Art ausgehend von immer derselben Lokalität erfolgen, dann muss irgendwann einmal der Punkt kommen, wo ich sage, so und ab jetzt schalte ich mich ein und diesen Punkt fordere ich ein, Herr

Kollege Herper. Um Gottes Willen nein, das habe ich weder gesagt noch gemeint, aber wir müssen genau diesen Umstand auch kontrollieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fuchs**: Ich bedanke mich für die Zustimmung bei allen im Hause vertretenen Fraktionen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und stelle fest, dass es eigentlich allen Grund zum Optimismus gibt, denn wir haben zwar in Graz 70 Polizistinnen und Polizisten zuwenig, aber dafür immerhin drei in Sicherheitsfragen führende Parteien und das ist ja doch eine schöne Botschaft (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Ferialermächtigung 2006

GR. Dr. **Piffl-Percevic** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Piffl-Percevic**: Es ist Sommerzeit, das sehen wir schon an den meteorologischen Umständen und auch daran, dass wie alle Jahre ein Dringlicher, ein gemeinsamer Dringlicher aller im Stadtsenat vertretenen Parteien hoffentlich die Zustimmung aller Fraktionen findet, denn man sollte es auch wieder betonen, der Gemeinderat ist das oberste beschlussfassende Organ der Stadtgemeinde. Aus diesem Grunde spricht man auch vom (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) hohen Gemeinderat und der Stadtsenat ersucht und ich mache das namens aller Fraktionen für die Dinge, für die normalerweise ausschließlich der Gemeinderat beschlussmäßig zuständig ist, während der sitzungsfreien Zeit ausnahmsweise, aber mit gutem Vertrauen den Stadtsenat zur Beschlussfassung zu ermächtigen. Dasselbe gilt für die Verwaltungstätigkeiten der Geriatrischen Gesundheitszentren und der Wirtschaftsbetriebe, die entsprechend parallele Bestimmungen enthalten. In diesem

Sinne stelle ich namens aller Fraktionen den Antrag für diese Ferialermächtigung.
Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.